

Green Economy Gender_Gerecht

Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gender_gerechte Zukunft

Stellungnahme von genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit

Das Diskussionspapier des Projekts Green Economy Gender_Gerecht wurde im Konsens aller am Projektbeteiligten - der Partnerinnen und im Beirat vertretenen Expertinnen - erstellt. Wie alle Konsenspapiere stellt es den größtmöglichen gemeinsamen Nenner dar.

genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit als Initiatorin des Prozesses freut sich sehr über das gemeinsame Papier, möchte aber auch hervorheben, dass darin einige aus unserer Sicht wichtige Aspekte nicht ausreichend betont werden. Die folgende Stellungnahme ist das Ergebnis unserer internen Diskussionen. Sie soll gleichzeitig deutlich machen, dass wir uns Diskussionen über das Papier wünschen und den Austausch darüber anregen.

1. Eine gender_gerechte, nachhaltige Zukunft hat ihre Basis in einer Abkehr vom Wachstumsparadigma

Wachstum wie bisher kann und wird es nicht mehr geben. Wir dürfen diesen Erkenntnissen nicht mit Windmühlkämpfen begegnen - voller Verlustängste und blind gegen die Zeichen der Zeit - sondern müssen unsere Zukunft aktiv lebenswert gestalten. Dazu braucht es nicht nur eine ‚grünere‘ Ökonomie, sondern ein grundsätzliches Umsteuern und eine Abkehr vom Wohlstandsmodell der westlichen Industrienationen.

Das für diesen Wohlstand vermeintlich erforderliche wirtschaftliche Wachstum fordert immer höheren Konsum. Dem gilt es Grenzen zu setzen. Materieller Wohlstand führt nicht automatisch zu Glück, es ist die Gerechtigkeit, die zum Wohlbefinden aller der entscheidende Faktor ist. Je mehr wir selbst haben, desto mehr fehlt uns. Und um dies mit Geld zu erreichen, verengt sich die Vielfalt unserer Fähigkeiten auf deren bloße Wettbewerbsfähigkeit.

2. Wohlstandsmessung muss Gerechtigkeit als entscheidenden Faktor erkennen

Wohlstandsmessung muss zukünftig andere Dimensionen einbeziehen als den materiellen Besitz. Die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung oder die Freiheit, einen suffizienten Lebensstil zu verfolgen, soziale Beziehungen aktiv zu gestalten oder mit der natürlichen Umwelt nachhaltig zu interagieren, könnten einen neuen Wohlstandsbegriff prägen.

3. Der Blick von der Suffizienz auf die Effizienz

Eine weitere Zunahme des Ressourcenverbrauchs wird mit Effizienz allein nicht aufzufangen sein. Die ökologischen Grenzen des ökonomischen Wachstums müssen anerkannt und gestaltend mit ihnen umgegangen werden (Postwachstumsgesellschaft). Die Frage nach einem „Guten Leben“ muss von der Perspektive der Suffizienz ausgehen und sich von hieraus der Effizienz annähern, die sich an sozial-ökologischen Qualitäten orientieren muss. Damit erhielten auch die Care-Ökonomie und das vorsorgende Wirtschaften einen anderen Stellenwert.

4. Der Transformationsprozess in eine gender_gerechte Postwachstumsgesellschaft muss flankiert werden

Um die im Diskussionspapier und hier angesprochenen **Transformationsprozesse** anzustoßen, müssen diese im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung von staatlichen Stellen unterstützt und flankiert werden.

Erstens finanziell: Nur wenn Menschen sich um ihr materielles Überleben nicht sorgen müssen, können sie sich entscheidungsfrei fühlen und Potenziale ausschöpfen.

Zweitens zeitlich: Eine gender_gerechte, sozial abgesicherte Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit in selbstbestimmten Formen schafft individuell und gesellschaftlich Freiräume von Wachstumszwang. „Ausgewogener Zeitwohlstand ist Ziel und Voraussetzung zugleich für ein ressourcenleichtes Leben.“ (S.4)

Drittens (infra)strukturell: Zum einen geht es um die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Wasser, Energie, Bildung, Kultur, Sport, Mobilität und Gesundheit sowie um eine generelle Stärkung der Sorgearbeit. Zum anderen geht es um die Einrichtung einer auf soziale Nutzung ausgerichteten Infrastruktur, welche Ansätze solidarischen Wirtschaftens auf lokaler und regionaler Ebene erleichtert (Community Supported Agriculture, Verschenkmärkte oder free cycling, Nutzungsgemeinschaften etc.)

Voraussetzung wäre hier jeweils die Transparenz politischer Prozesse sowie der politische Wille, demokratisch getragene Transformationen auch strukturell zu unterstützen.

Viertens, und nicht zuletzt, **demokratisch:** Es müssen neue Partizipationsmodelle gefunden werden, die unterschiedliche Interessenlagen berücksichtigen und faktische Gestaltungsmöglichkeiten darstellen.